

Von Jan Spreuk

“Rigoros für deutsche Interessen“

Die extreme Rechte in den NRW-Kommunalparlamenten

Wenn auch auf niedrigem Niveau: Extrem rechte Parteien und “Bürgerlisten“ konnten bei den Kommunalwahlen in NRW im September 2004 deutlich zulegen. Zwei Jahre danach ist es an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Dass die extreme Rechte Schwierigkeiten mit den Grundrechenarten hat, haben wir geahnt. Im September 2004 – die Stimmen der NRW-Kommunalwahl waren gerade ausgezählt – lieferten NPD und *Republikaner* den Beweis. Zum Beispiel **Stephan Flug**, damals noch Pressesprecher des NPD-Landesverbandes. Gerade einmal 0,2 Prozent der Stimmen hatte die – allerdings bei weitem nicht flächendeckend angetretene – NPD geholt und gerade einmal etwas mehr als ein Dutzend Mandate gewonnen. Doch Flug sah bessere, beinahe ostdeutsche Zeiten heraufziehen: “Mit der Entsendung von 14 Nationaldemokraten in die kommunalen Parlamente ist somit auch in Nordrhein-Westfalen eine politische Basis vertreten, die an die Erfolge der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg anknüpft. Die deutsche Wählerschaft zeigt mit Ihrem Votum, das der politische Wind sich dreht und Deutschland die verheerende Politik der Altparteien ablehnt und immer stärker die Lösungen und Vorteile nationaldemokratischer Alternativen erkennt.“ Nicht weniger großspurig zeigte sich die *Republikaner*-Landesvorsitzende **Uschi Winkelsett**: “Das Ergebnis der Kommunalwahl in NRW beunruhigt die etablierten Parteien und die Medien“, befand sie. Die *Republikaner* - sie kamen landesweit lediglich auf 0,6 Prozent - seien “in alle 17 Kommunalparlamente eingezogen, für die sie kandidiert hatten“. Und weiter: “Das bedeutet, daß die

Republikaner ab sofort in 25 % aller Räte, Bezirksvertretungen sowie Kreistage mitreden und dem Bürger zeigen, wer ihre Interessen wirklich vertritt.“ Tatsächlich hatten die Wähler aber die Kommunalparlamente in 427 Kreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Kommunen neu bestimmt, dazu kommen noch diverse Bezirksvertretungen. Unterm Strich also waren die *Republikaner* nicht in 25 Prozent, sondern in weniger als vier Prozent aller lokalen Parlamente eingezogen.

Eine Entwarnung soll das aber nicht sein. Denn zum einen gab es lokal erschreckende Ergebnisse. In Köln, der größten Stadt Nordrhein-Westfalens, kam die *Bürgerbewegung pro Köln* auf 4,7 Prozent und schickte zunächst vier Mandatsträger – später stieß noch ein REP-Abtrünniger zur Fraktion hinzu – ins Stadtparlament. In der zweitgrößten Stadt, Dortmund, legte die DVU von 2,0 auf 3,1 Prozent zu: drei statt vorher zwei Mandate für die Freytruppe. Auch dass die *Republikaner* beispielsweise in Herne und Gelsenkirchen noch einmal rund einen Prozentpunkt zulegen konnten und auf 4,7 bzw. 4,0 Prozent kamen, sorgte für Aufsehen. Die NPD errang unter anderem in vier Kreistagen (u.a. im Märkischen Kreis und im Ennepe-Ruhr-Kreis) jeweils ein Mandat sowie acht Mandate in fünf Stadträten (u.a. in Mönchengladbach). Und zum anderen eröffnete der Einzug in die Kommunalparlamente den extrem rechten Gruppen neue Möglichkeiten, was den

Zugang zur Öffentlichkeit und die Finanzierung anbelangt – vor allem dort, wo das Wahlergebnis auch zur Bildung von Fraktionen mit einer materiell deutlich besseren Finanzausstattung und eigenen Räumen reichte.

Die NPD-Einzelkämpfer

Pro Köln mag als Beispiel einer vergleichsweise professionellen Ratsarbeit dienen (*siehe S. 17*). Auf der anderen Seite gibt es aber auch die Fälle von mit einigem Elan gestarteten rechten Neuparlamentariern, die rasch wieder in der Versenkung verschwanden. Die NPD werde sich “im Kreistag des Märkischen Kreises rigoros für deutsche Interessen stark machen“, versprach beispielsweise das neue Kreistagsmitglied, der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Timo Pradel**. Doch zwei Jahre später ist es sehr ruhig um ihn geworden. Es macht eher den Eindruck, dass er sich bei seinen protokollierten Wortmeldungen im Kreistag bevorzugt mit der häufigen Abwesenheit des für die *Republikaner* gewählten **Egbert Geiecke** beschäftigt. Auf dessen Unterstützung im Parlament hatte er 2004 noch gehofft – offenbar vergebens. Nun ist er zu Pradels Lieblingsgegner geworden. Still ist es auch um **Dieter Koch** im Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises geworden. Einmal versuchte der um ein seriöses Image bemühte NPDler sich an einer Haushaltsrede. Die Resonanz war wohl enttäuschend. Die Vertreter der anderen Fraktionen drehten sich während seiner Rede auf ihren Stühlen von ihm weg oder verließen den Versammlungsraum. Eigene Initiativen Kochs sind bisher nicht bekannt. Seit



Ratsherr Wolfgang Geilenkirchen (r.) mit Stammwählern...



...und sein Ratskollege Pascal Geyer

längerem nichts zu hören ist auch von der parlamentarischen Arbeit der beiden Mönchengladbacher NPD-Ratsmitglieder **Pascal Geyer** und **Wolfgang "Wotan" Geilenkirchen** oder des Heinsberger Kreistagsabgeordneten **Helmut Gudat**.

Nicht zu vergleichen sind die völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen, mit denen es die Ein- oder Zweimann-Fraktionen in kleineren Städten auf der einen Seite und die Fünf-Personen-Fraktion von *Pro Köln* in Köln auf der anderen Seite zu tun haben. Unterschiede bestehen nicht nur in der üppigen Ausstattung von *Pro Köln*, sondern – aus der Sicht der rechten Akteure in anderen Städten – auch in ihrem Einzelkämpferdasein in den Räten. Von der Presse unbeachtet, ohne eine Parteibasis, die zuarbeiten kann, ohne die Unterstützung von parteinahen Bildungswerken, Stiftungen oder kommunalpolitischen Vereinigungen, schließlich von den Parlaments-"Kollegen" geschnitten, obwohl man doch – Fundamentalopposition hin oder her – auch gemocht, zumindest aber akzeptiert werden will: Es gibt viele Gründe, warum extrem rechte Kommunalpolitiker resignieren, nicht mehr zu den Sitzungen gehen oder nur noch schweigend ihre Aufwandsentschädigung "absitzen".

DVU in Dortmund

Von erstaunlicher Stabilität ist hingegen die DVU in Dortmund. Noch 1999 – nur ein Jahr nach Gründung des Dortmunder Kreisverbandes – gab

es bei ihrem erstmaligen Einzug ins Stadtparlament die Erwartung, dass dies wegen der bekannten Unfähigkeit von DVU-Mandatsträgern andernorts und wegen der fehlenden Parteistruktur vor Ort ein nicht wiederholbares Ergebnis sein würde. Doch 2004 kehrte die DVU sogar gestärkt in den Stadtrat zurück, mit 3,1 Prozent (1999: 2,0 %) und drei Mandaten (plus eins). Tatsächlich agieren die DVUler im Rat ziemlich professionell, sind vorbereitet auf die Themen der Sitzung und in ihren Diskussionsbeiträgen auf ihre Weise "kompetent". Migrations- und Integrationspolitik, Sozialpolitik, Wohnungspolitik und Stadtplanung sind ihre Themenschwerpunkte, gern populistisch und nationalistisch aufgeladen. Zum Beispiel, wenn sie beim Verkauf der *Landesentwicklungsgesellschaft* (LEG) nicht nur einen "neoliberalen Privatisierungswahn" beklagen, sondern auch behaupten, "dass immer größere Teile des deutschen Volksvermögens zum Nachteil unseres Volkes verkauft werden". Front macht die DVU gegen eine "Orientalisierung Dortmunds". "Multikulti" erscheint ihnen als "krankes Hirngespinnst", dessen Befürworter sich offenbar "Rassenunruhen" auch für Deutschland herbei wünschen würden. Der Vorwurf der "Überfremdungs- und Umvolkungspolitik" darf ebenso wenig fehlen wie der des "beabsichtigten Volksselbstmordes".

Folgerichtig erscheint es deshalb, dass sich Dortmunds DVU auch für offen bekennende Neonazis einsetzt.

Einen Antrag von SPD und Grünen gegen den Neonaziladen *Donnerschlag* kommentierte DVU-Ratsherr **Gerald Branghofer** so: "Der bisher unwiderlegte Gesamteindruck in dieser Sache ist der, dass es Roten und Grünen wie üblich weder um Recht noch Wahrheit, sondern um die Durchsetzung von Gesinnungsterrorismus mit allen Mitteln und unter allen Umständen geht." Von den großen Fraktionen wird die DVU beschwiegen; der Ratssaal leert sich, wenn ein DVUler zu einem längeren Beitrag ansetzt. Auch in der Lokalpresse stoßen sie auf keine Resonanz. Gleichwohl werden sie – wie gesehen – wiedergewählt, was auch daran liegen mag, dass die DVU im bekannten Frey-Stil kurz vor Wahlen zur Materialschlacht größeren Ausmaßes ansetzt.

Die "Saubermänner" der Republikaner

Gemäßigter als die DVU geben sich die *Republikaner*. Sie waren vor zwei Jahren mit einem landesweiten "Kommunalwahlprogramm 2004 – 2009" angetreten, in dem sie sich hochtrabend als "Volkspartei" beschrieben und beteuerten, "vorbehaltlos auf dem Boden des Grundgesetzes und der freiheitlich demokratischen Grundordnung" zu stehen. Sie gaben sich als Saubermänner: "Wir Republikaner sichern den Bürgern eine schonungslose und uneingeschränkte Bestandsaufnahme über die Verwendung öffentlicher Mittel, über Spendenkandale, Korruptionsfälle, Verfil-



NPD fordert am 22. Februar 2003
"Freiheit für Wattenscheid"

zungen oder Vettern- und Parteibuchwirtschaft zu." Entsprechend agieren sie in den Parlamenten. Zum Beispiel in Hamm: Durch extrem rechte Aussagen fallen sie im Rat und den drei Bezirksvertretungen, in denen sie jeweils ein Mandat errungen haben, nicht auf und bemühen sich stattdessen, "sachlich" zu argumentieren. Anknüpfen wollen sie an solche Themen, die bei den Wählern Unmut hervorrufen könnten, gleichgültig ob es um die Verwendung von Steuergeldern geht oder um Umweltfragen. Geholfen hat ihnen diese Strategie bisher wenig. Nicht nur, dass sie in den Sitzungen wenig beachtet werden – auch der Versuch, sich in Bürgerinitiativen einzuklinken, scheiterte nach Bekanntwerden ihrer Herkunft.

Ganz ähnlich die Situation in Wuppertal, wo **Wolfgang Pohlmann** und **Wolfgang Schulze** eine Ratsgruppe bilden. Meist geben sie sich moderat im Ton. Lediglich bei einer Diskussion über das Asylbewerberleistungsgesetz kam ihre extrem rechte Einstellung deutlicher zum Ausdruck. Lieblingsthema der REP ist die "Geldverschwendung" der Stadt. Ein weiteres Thema, mit dem wohl verbundenheit mit der Stadt und Bürgernähe demonstriert werden soll, ist die Sanierung der Schwebebahn. Doch auch das Lokalkolorit hilft Pohlmann und Schulze wenig. Oberbürgermeister **Peter Jung** (CDU) behandelt die *Republikaner* demonstrativ abwertend. Stadtverordnete von Die Linke/PDS, Grünen, SPD und auch der CDU verlassen während Pohlmanns

Reden den Ratssaal. Die Wuppertaler Presse ignoriert ihre Pressemitteilungen.

Zerlegt

Anderswo "zerlegen" sich die Rechtsaußen-Gruppen selbst. Zum Beispiel in Gelsenkirchen, wo die *Republikaner* mit drei Mandaten in den Rat gelangten. Zwei von ihnen, **Manfred Hermann** und **Michael Stratmann**, verließen die Partei im vorigen Jahr und wechselten zur Fraktion *Bündnis 05 - Wir für Gelsenkirchen*. Dabei habe es den Anschein, als wolle jenes *Bündnis 05* "die Bündnisgrünen links überholen und ihre politische Herkunft innerhalb weniger Wochen auf dem Antragsweg mal eben beiseite schieben", notierte die WAZ. So habe die Gruppe samt Hermann und Stratmann an die Ratskollegen appelliert, "dass diese ihr Sitzungsgeld der Familie jenes Deutsch-Äthiopienspenden sollten, der in Brandenburg Opfer von Rechten geworden war". Und später habe B'05/WIR noch eine Schuppe draufgelegt, "als sie die Umbenennung einer Straße in "Paul-Spiegel-Straße" per Antrag im Rat forderte". Wahrscheinlich erscheint, dass die *Republikaner* demnächst auch noch ihr letztes Ratsmitglied in Gelsenkirchen verlieren: **Kevin Hauer** droht der Parteiausschluss. REP-Landeschefin Winkelsett hält ihm "grobe persönliche Verfehlungen" vor. Hauer, der laut Winkelsett seit 1. September seiner Mitgliedsrechte und aller Ämter enthoben sein soll, hält der "doppel-

züngigen" Winkelsett dagegen: "Sie ist von Hass zerfressen auf jeden, der ihr nicht die Füße küsst."

Eigene Medien

Deutlich wird im Fall Gelsenkirchen ein Dilemma, in dem die extreme Rechte in NRW steckt. Während die Medien fast schon genüsslich deren interne Fehden aufgreifen, bleibt ihr Agieren in den Kommunalvertretungen – sofern sie dort denn überhaupt aktiv agieren - weitgehend unbeachtet. Beinahe regelmäßig klagt auch *Pro Köln* über "manipulative Berichterstattung". *Pro Köln* reagierte darauf mit einer umfangreichen und stets aktuellen Internetseite und einem vierteljährlich, angeblich in einer 20.000er-Auflage erscheinenden vierseitigen *Infoblatt Pro Köln*.

Andere versuchen, es dem Kölner Vorbild gleichzutun. Zum Beispiel die NPD im Rhein-Sieg-Kreis, die im August die erste Ausgabe ihres Infoblattes *Rhein-Sieg Aktuell* herausbrachte. Von der regionalen Presse würden "alle politischen Kräfte totgeschwiegen, die nicht dem etablierten Parteienkartell angehören", klagt Kreistagsmitglied **Stephan Meise**. Als "soziales Gewissen im Kreistag" und "Ideengeber für andere Fraktionen" versucht sich die NPD in dem achtseitigen Heftchen zu präsentieren. "Um die Medienblockade der etablierten Systempresse zu durchbrechen", bringt seit diesem Sommer auch die NPD Wattenscheid ein eigenes Infoblatt *Hellweg Patriot* heraus. Auflage

nach eigenen Angaben: 5.000 Stück. "Wattenscheid STATT Bochum!" wird auf der Titelseite gefordert. Bezirksvertreter **Claus Cremer** ist nicht nur Neonazi - er geriert sich mehr als 30 Jahre nach der kommunalen Gebietsreform in NRW auch als Vorkämpfer für eine "Ausgemeindung", also die Selbstständigkeit des Bochumer Stadtteils, getreu dem Motto: "Eingemeindungen sind für uns der erste Schritt zur menschenverachtenden Globalisierung." Man mag das "Freiheit für Wattenscheid"-Getöse für eine persönliche Marotte Cremers halten - die eine oder andere Wählerstimme könnte sein Wehklagen über eine Benachteiligung Wattenscheids in Bochum aber doch einbringen. Ansonsten kann Cremers Agieren in der Bezirksvertretung als typisch für das Auftreten der NPD in den letzten Jahren gelten: als Vertreter einer Partei, die das Naziregime verkündet, nationalistisch ist und sich einen sozial(istisch)en Anstrich gibt. Mal macht Cremer Front gegen eine Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht oder den Bau einer Synagoge, mal setzt er sich für Kindergärten oder sauberere Kinderspielplätze ein.

Gegenstrategien

So richtig es ist, dass Medien den parlamentarischen Initiativen der extremen Rechten kein Podium bieten, so falsch ist es, wenn sie über die extreme Rechte überhaupt nicht mehr berichten würden. So richtig es ist, dass demokratische Kommunalpolitiker die extreme Rechte nicht dadurch aufwerten, dass sie in längere Debatten über deren Anträge und Anfragen einsteigen, so falsch wäre es, wenn sie es bei bloßem Ignorieren belassen würden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung ist gefordert. Die in einzelnen Parlamenten praktizierte Linie, dass nur ein Parlamentarier auf extrem rechte Beiträge antwortet, kann hier eine sinnvolle Strategie sein.

Extrem rechte Parteien und Wählergruppierungen werden in NRW derzeit nicht wegen ihres konkreten kommu-

nalpolitischen Programms in die Parlamente der Städte und Landkreise gewählt. Sie werden gewählt, weil es extrem rechte Vorstellungen gibt, die sich auch bei Kommunalwahlen ein adäquates Angebot suchen. Daran wird sich auch in Zukunft wohl nichts ändern. So bleibt es weiterhin die Aufgabe von Antifaschisten, nicht nur über extrem rechte Parteien aufzuklären, sondern auch das rechte Wählerpotenzial im Blick zu behalten und den weit verbreiteten Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen.

Ausblick

Mit Ausnahme von *Pro Köln* ist kaum eine Gruppierung in Nordrhein-Westfalen tatsächlich zu einem lokalpolitischen Akteur geworden. Es fehlt der extremen Rechten vor allem an kompetentem Personal. An eine wirklich flächendeckende Kandidatur wird auch 2009 nicht zu denken sein. Man wird regionale "Schwerpunkte" setzen müssen. Diese werden natürlich zuerst die Städte sein, in denen man bereits in den Kommunalparlamenten vertreten ist und die Verpflichtung, Unterstützungsunterschriften zu sammeln, entfällt. Aber auch Kandidaturen in anderen Städten sind angekündigt. NPD-Kreisvorsitzender **Wolfgang Duda** teilte im Juni mit, dass sein Kreisverband Oberhausen 2009 kandidieren werde. "Wir werden auch in den Bezirksvertretungen Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld vertreten sein, nicht nur im Rat", so Duda. Seine Mitglieder will Duda schon einmal schulen für das, was auf sie zukommt, sollten sie in den Rat gewählt werden. Zuletzt hatte die Oberhausener NPD am 18. November **Jürgen Schützing**, den baden-württembergischen NPD-Landesvorsitzenden als Referenten zu Gast. Er hat es immerhin geschafft, seit mehr als zwei Jahrzehnten dem Gemeinderat von Villingen-Schwenningen und dem Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises anzugehören.

Eine weitere Möglichkeit neben dem Wahlantritt unter dem Label einer

Partei könnte die Bildung regionaler "Volksfronten" sein, Bündnisse mehrerer extrem rechter Parteien und eventuell parteiloser Kandidaten. Bei der diesjährigen Kommunalwahl in Niedersachsen wurde schon dafür geprobt: Im an NRW grenzenden Landkreis Osnabrück vereinigte ein *Freies Osnabrücker Bündnis* unter der Federführung der NPD Mitglieder der REP, des *Bündnisses für Deutschland* und der UB - allerdings ohne ein Mandat zu erlangen (0,56 Prozent). An der Organisation waren auch **Markus** und **Matthias Pohl**, beide Mitglied des nordrhein-westfälischen Landesvorstands der NPD, beteiligt. Markus Pohl kündigte schon im Juni an: "Ziel des nationalen Lagers im Münsterland muss es sein, im Jahr 2009 so viele Mandate wie möglich bei der Kreistagswahl zu erringen. Hauptaugenmerk wird wohl der Kreis Steinfurt darstellen." Mit einer Saalveranstaltung, Flugblatt-Verteilungen und einer Mahnwache versuchte der NPD-Kreisverband Steinfurt in der Folge, in der Kleinstadt Greven Fuß zu fassen.

Auch wenn die extreme Rechte in NRW einen wirklichen kommunalpolitischen 'Durchbruch' auch 2009 nicht schaffen wird, wird sie immer wieder einige Mandate holen - und wahrscheinlich auch mehr als heute. Diese sollen die Basis für eine lokale Verankerung werden, die ihr über kommunale Wahlen hinaus helfen soll, Leute an die extreme Rechte zu binden. ★